



Ein Junge schaut in den Himmel über dem Südsudan. Mitarbeiter des Welternährungsprogramms werfen dort Hilfsgüter ab. 4,9 Millionen Menschen in dem Land leiden Hunger.

SIEGFRIED MODOLA / REUTERS

Kommentar

Partner der Verbrecher

In Afrika herrscht wieder Hunger – das müsste nicht sein.

Im Jemen und Südsudan, in Somalia und Nordnigeria drohen Hungerkatastrophen. Unicef, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, schätzt, dass in diesen Ländern fast 1,4 Millionen Kinder verhungern könnten, wenn die internationale Gemeinschaft nicht schnell handelt. Anhaltende Dürren seien mit schuld, heißt es in den Appellen. Doch über die eigentlichen Ursachen ist darin wenig zu lesen – Hilfsorganisationen haben Angst, die jeweiligen Regierungen anzugreifen, weil sie dann vielleicht nicht mehr helfen dürfen.

Kein Zweifel, die Not wird durch ungünstige Klimabedingungen verschärft. Aber in Wahrheit ist sie hausgemacht. Millionen Menschen hungern, weil ihre Länder seit Jahren von Bürgerkriegen und Terror heimgesucht werden: In weiten Teilen Somalias herrscht die islamistische Schabab-Miliz. In Nordnigeria, einer jahrzehntelang vernachlässigten Armutsregion, morden die Islamisten von Boko Haram. Auslöser

der Konflikte sind fast immer auch Machtwahn und totales Versagen der Regierungen; der Südsudan liefert ein besonders trauriges Beispiel: Dort kämpft das korrupte Regime von Präsident Salva Kiir gegen nicht minder korrupte Rebellen, reißt dadurch ein ganzes Land in den Abgrund und setzt auch noch darauf, dass sich die Außenwelt der Kollateralschäden annimmt und die Hungernden rettet.

Das wird so weitergehen, solange Männer wie Kiir verlässliche Partner haben: die Chinesen, die ihnen das Erdöl abkaufen, die Internationale der Waffenhändler, die das Kriegsmaterial liefert, und eine gleichgültige Weltgemeinschaft, die Verbrechen von Autokraten am eigenen Volk duldet und sie gleichzeitig mit Hilfgeldern überschüttet.

Dabei müsste etwa das kriminelle Regime im Südsudan längst international geächtet und wirtschaftlich isoliert werden. Das wären erste Schritte, um Hunger und Elend nachhaltig zu bekämpfen.

Bartholomäus Grill



Trumps Woche

Als Donald Trump am Samstag nach Florida flog, redeten immer noch alle über seine denkwürdige 77-Minuten-Pressekonferenz, diesen tobenenden Ausbruch eines sich ungeliebt fühlenden Mannes. In Florida konnte Trump endlich ein Bad in der Menge nehmen. Er rollte mit der Air Force One vor einen Hangar und eröffnete vor Tausenden Anhängern den Wahlkampf 2020 – nach nur einem Monat im Amt. In seiner Rede erwähnte er Terroranschläge und etwas, das sich offenbar „letzte Nacht in Schweden“ zugetragen hatte. In Schweden war aber letzte Nacht nichts gewesen. Trump hatte nur etwas auf Fox News gesehen. Der Mann, der eigentlich über die besten Geheimdienstinformationen der Welt verfügt, glaubt immer noch vor allem das, was er so in der Glotze sieht. Das Wochenende verbrachte er in seinem exklusiven Klub Mar-a-Lago in Florida, den er nun selbst schon „Southern White House“ nennt und dessen Aufnahmegebühr seit der Wahl auf 200 000 Dollar verdoppelt wurde. Auf einem Sofa im Mar-a-Lago konnte Trump nach tagelanger vergeblicher Suche endlich seinen neuen Sicherheitsberater vorstellen: General Herbert Raymond McMaster, einen allseits gelobten, kritischen Militär – also das Gegenteil seines Vorgängers Mike Flynn. In den darauffolgenden Tagen protestierten im ganzen Land Bürger auf den Veranstaltungen republikanischer Abgeordneter, weil sie sich vor der Abschaffung von Obamas Krankenversicherung fürchten. Trump twitterte, die Wortmeldungen seien „in vielen Fällen von linken Aktivisten geplant. Traurig!“

China Druck auf Südkorea

Peking schüchtert den US-Verbündeten Südkorea ein. Denn Seoul will gemeinsam mit Washington das US-Raketenabwehrsystem THAAD auf der Halbinsel stationieren. Damit wollen die Verbündeten mögliche Angriffe aus Nordkorea abwehren. Doch Peking hegt den naheliegenden Verdacht, dass das Radar des Systems auch das chinesische Militär ausspionieren könnte. Um THAAD zu verhindern, droht die Volksrepublik China jetzt

etwa dem südkoreanischen Mischkonzern Lotte, dessen Golfplatz als Standort für das System genutzt werden soll, mit „schweren Konsequenzen“. Südkoreas Unternehmen liefern rund ein Viertel ihrer Ausfuhren nach China, und Peking hat bereits den Import einiger Produkte des kleinen Nachbarlandes gestoppt – Kosmetika zum Beispiel. Südkoreas Politiker reagieren nun auf den Druck: Moon Jae In etwa, aussichtsreicher Kandidat der Opposition für die nächste Präsidentschaftswahl, plädiert dafür, die Entscheidung über THAAD aufzuschieben. ww

Schweden Krieger zu Bürgern

Seit der sogenannte Islamische Staat (IS) und andere Terrorgruppen an vielen Fronten verlieren, zieht es ausländische Kämpfer zurück in ihre Heimat. Etwa die Hälfte der rund 300 Terroristen aus Schweden beispielsweise sind schon wieder daheim. Die Regierung versucht sie zu integrieren. Nach Verurteilung und Haftstrafe bietet das Land den Extremisten Wohnungen, Jobs und Weiterbildung an. „Es gibt

Kritik, aber wir können ja nicht sagen, du hast einen Fehler gemacht, deshalb ist dein Recht verwirkt, in dieser Gesellschaft zu leben“, verteidigt die zuständige Koordinatorin Anna Sjöstrand das Programm. Ein weiteres Land, das ein Umerziehungsprogramm entwickelt hat, ist Saudi-Arabien. Seit 2006 sollen am Rand von Riad mit großem Aufwand Krieger zu Bürgern gemacht werden. Häufig gelingt das. Doch jeder zehnte Absolvent geht irgendwann zurück in den Kampf. suk

Weißrussland Strafe für Nichtsteuer

Sechs Jahre lang hat sich die Opposition in Weißrussland nicht recht auf die Straße getraut – seit jenem Dezember 2010, als Präsident Alexander Lukaschenko Proteste niederschlagen ließ. Vor einer Woche aber demonstrierten Tausende Menschen gegen eine neue Steuer. Einwohner, die keiner geregelten Tätigkeit nachgehen, sollen ab sofort eine Sonderabgabe von knapp 200 Euro im Jahr entrichten. „Nichtsteuer-Steuer“ wird die Abgabe im Volksmund genannt, weil sie an die Kampagnen gegen „Nichtsteuer“ in der Sowjet-

union erinnert. Eingeführt hat sie Lukaschenko 2015, aber jetzt erst wurden die Steuerbescheide verschickt: 500 000 Exemplare – in einem Land, in dem offiziell Voll-

beschäftigung herrscht. Aber in den zwei Jahren, die zwischen Erlass und Umsetzung liegen, hat Weißrussland eine Rezession erlebt, was den Unmut erhöhte. esc



Protestierende in Minsk: „Nichtsteuer aller Länder, vereinigt Euch!“